

## **Jobcenter Bremen „vermisst“: Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zum Ausbildungsmarkt**

**Vorbemerkung:** In der Kleinen Anfrage der Fraktion der SPD in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vom 3. März 2015, „**Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz**“ (Anhang), wird eine **Institution „vermisst“**, die sich selbst als „**eine der wichtigsten Institutionen in der Stadt Bremen**“<sup>1</sup> sieht. Gemeint ist die „gemeinsame Einrichtung“ **Jobcenter Bremen Stadt**.

Für das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) ein **Anlass für weitere „kleine Fragen“**. Eine lautet: **Trifft es zu, dass in der Stadt Bremen im Juni 2014 von 2.699 Bewerberinnen und Bewerbern für Berufsausbildungsstellen 1.237 (45,8 Prozent) selbst bzw. deren Eltern auf Leistungen zur Sicherung zum Lebensunterhalts nach dem SGB II (Hartz IV) angewiesen waren?** ■

Für die **Ausbildungsvermittlung in der Stadt Bremen** sind die **Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven und das Jobcenter Bremen Stadt** zuständig. Und zwar: die **Agentur für Arbeit** für die **Bewerberinnen und Bewerber**, die bzw. deren Eltern **nicht** auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II (Hartz IV) angewiesen sind, und das **Jobcenter** für die **Bewerberinnen und Bewerber**, die bzw. deren Eltern auf **Hartz IV angewiesen** sind.<sup>2</sup>

Die **Berichterstattung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit über den Ausbildungsstellenmarkt** erfolgt **nicht** getrennt nach Rechtskreisen (SGB III und SGB II). Anfängliche Ansätze, die **Ergebnisse der Ausbildungsvermittlung getrennt nach Rechtskreisen zu veröffentlichen**, wurden eingestellt.

Für den **Juni 2014** (Juni 2013) berichtete die **Statistik der Bundesagentur für Arbeit** insgesamt **2.699 Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen in der Stadt Bremen**. (Juni 2013: 2.641) Eine **Differenzierung nach den Rechtskreisen SGB III (Agentur für Arbeit) und SGB II (Jobcenter)** erfolgt in der veröffentlichten Statistik der Bundesagentur für Arbeit, wie erwähnt, nicht (mehr).

**Aber:** Im **Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 des Jobcenters Bremen Stadt** werden für den **Juni 2014 und Juni 2013** Zahlen zu den **Bewerberinnen und Bewerbern für Berufsausbildungsstellen** genannt. Es heißt dort auf Seite 43: „**Die im Jahr 2013 begonnene personelle Verstärkung des Teams Ausbildungsvermittlung hat sich bewährt. Dies spiegelt sich in den Bewerberzahlen des Ausbildungsvermittlungsteams. 1.237 Bewerberinnen und Bewerber** wurden im Juni 2014 dort betreut. Im Vorjahr waren es nur 990 Bewerberinnen und Bewerber.“ (Hervorhebung durch Verfasser)

Aus diesen **Juni-Zahlen zu den Bewerberinnen und Bewerbern für Berufsausbildungsstellen in der Stadt Bremen** ergeben sich **Fragen**. Unter anderem: **Wie passen die Zahlen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters Bremen Stadt zusammen? Trifft es zu, dass in der Stadt Bremen im Juni 2014 von 2.699 Bewerberinnen und Bewerbern für Berufsausbildungsstellen 1.237 (45,8 Prozent) selbst bzw. deren Eltern auf Leistungen zur Sicherung zum Lebensunterhalts nach dem SGB II (Hartz IV) angewiesen waren?** (Juni 2013: 990 von 2.641 = 37,5 Prozent) **Welche anderen, „methodischen“ und „sozialen“ Gründe gibt es für den extrem hohen Anteil von Bewerberinnen und Bewerbern (45,8 Prozent), die im Juni 2014 selbst bzw. deren Eltern auf Hartz IV angewiesen waren?**

**Aufschlussreich wäre eine Zeitreihe** (Monate und Berufsberatungsjahre), aus der die **Entwicklung der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen in der Stadt Bremen, differenziert nach Rechtskreis SGB III (Agentur für Arbeit) und Rechtskreis SGB II (Jobcenter)** hervorgeht. (wenn möglich mit Nachweis der **Bewegungen zwischen diesen Rechtskreisen im Verlauf eines Berufsberatungsjahres**) **Und eine weitere Zeitreihe**, aus der der **Verbleib** der **Bewerberinnen und Bewerber** hervorgeht, ebenfalls **differenziert nach Rechtskreis**.

Statt die „**personelle Verstärkung des Teams Ausbildungsvermittlung**“ in den „**Bewerberzahlen des Ausbildungsvermittlungsteams**“ zu spiegeln (s.o.), könnte das **Jobcenter Bremen** die „**personelle Verstärkung des Teams der Ausbildungsvermittlung**“ dann in **Vermittlungen (Einmündungen) in Ausbildung** spiegeln. ■

## **Anhang**

Bremen, 4. März 2015

Paul M. Schröder

Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ)

<sup>1</sup> Jobcenter Bremen Stadt, Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015, Seite 3

<sup>2</sup> Eine sogenannte Rückübertragung der Ausbildungsvermittlung, vom Jobcenter auf die Agentur für Arbeit, erfolgte in der Stadt Bremen nicht, **anders als z.B. in der Stadt Bremerhaven** und den meisten anderen Jobcentern.

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

### **Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz**

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich in Bremen und Bremerhaven in den letzten Jahren verbessert. Aber noch immer finden nicht alle Jugendlichen direkt im Anschluss an die Schule einen Ausbildungsplatz. Das führt oft dazu, dass sie sich entscheiden, die Schulzeit zu verlängern, ein Studium aufzunehmen oder in das sogenannte Übergangssystem gehen (z. B. berufsvorbereitende Maßnahmen, Praktika, Jobben), obwohl sie eigentlich eine Ausbildung beginnen wollen. Der Anteil dieser Alternativverbleiber ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Doch werden diese Jugendlichen nicht weiter in der offiziellen Ausbildungsmarktbilanz zu den Ausbildungsplatznachfragern gezählt, auch dann nicht, wenn sie faktisch weiter auf Lehrstellensuche sind. Dies führt u.a. dazu, dass bei einer nicht geringen Zahl von jungen Menschen, die ursprünglich bei der Agentur für Arbeit als Ausbildungssuchende gemeldet waren, der weitere Verbleib unbekannt ist. Hinzu kommt eine größere Zahl von Jugendlichen, die zwar über einen berufsqualifizierenden Schulabschluss verfügen, von der Agentur für Arbeit aber aus verschiedenen Gründen als nicht ausbildungsreif eingestuft werden. Auch diese Jugendlichen werden nicht als Bewerberinnen und Bewerbern gezählt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Jugendliche haben sich im Jahr 2014 bei der Agentur für Arbeit als ausbildungsplatzsuchend gemeldet und wie viele davon haben zu Beginn des Ausbildungsjahres 2014 eine Ausbildung begonnen (differenziert nach Schulabschluss und Geschlecht, sowie Bremen und Bremerhaven)?
2. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über den Verbleib der Bewerberinnen und Bewerber vor, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben (differenziert nach Schulabschluss und Geschlecht, sowie Bremen und Bremerhaven)?
3. Gibt es Bewerberinnen und Bewerber, und wenn ja wie viele, die sich bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz an die Agentur für Arbeit gewandt haben und die nicht den Status "Bewerberinnen/Bewerber" bekommen haben, etwa weil sie als (noch) nicht ausbildungsfähig eingeschätzt wurden (bitte differenziert nach Schulabschluss und Geschlecht, sowie Bremen und Bremerhaven)?
4. Liegen dem Senat Erkenntnisse darüber vor, wie viele Jugendliche sich für einen Ausbildungsplatz interessieren, sich aber nicht an die Agentur für Arbeit wenden?  
Wenn ja, wie viele dieser Jugendlichen münden in ein Ausbildungsverhältnis ein?

5. Hält es der Senat für sinnvoll in der Ausbildungsstatistik, zukünftig auch die vom Bundesinstitut für Berufsbildung entwickelte, "erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation" zur Ermittlung des Bedarfs an Ausbildungsplätzen heranzuziehen?
6. Wie wird mit der zum 1. Mai 2015 startenden Jugendberufsagentur und der Ausbildungsgarantie sichergestellt, dass die aktuell hohe Zahl der Jugendlichen, über deren Verbleib nach der Schule bisher keine Erkenntnisse vorliegen, künftig reduziert wird und allen Jugendlichen eine Ausbildung oder eine ausbildungsvorbereitende Maßnahme angeboten wird?

Sarah Ryglewski, Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD